

FEUDALE GESTEN

Das konservative Weltbild wird neu eingerichtet

Superreiche wollen einen Teil ihrer Schätze abgeben. Und rechte Publizisten werfen sich vor den Linken in den Staub. Was passiert da gerade?

VON WOLFGANG STORZ, FRANKFURT

Purzeln jetzt alle Fronten durcheinander? Oder wie ist zu verstehen, dass in den vergangenen Wochen zwei Meldungen auf dem medialen Jahrmarkt für Furore sorgten: die von den Milliardären, die eine höhere Besteuerung ihrer Einkünfte und Vermögen fordern. Und die von erzkonservativen Journalisten, die öffentlich ihr Weltbild infrage stellen. Beides zeigt, wie alarmiert ein kluger Teil des Bürgertums auf die katastrophalen Entwicklungen der letzten Zeit reagiert. Und doch weist das Getöse in den Medien in eine falsche Richtung.

Denn es sind nur Einzelne, die jetzt an die Öffentlichkeit traten. Es gibt in der westlichen Welt Millionen von Millionärinnen und Milliardären. Von diesen aber fordern nur einer in den USA (Warren Buffett), ein Dutzend in Frankreich und ein gutes halbes Dutzend in Deutschland höhere Steuern für die Reichen. Es spricht für diese Menschen, dass wenigstens sie ein bisschen unter den erdrückenden Geldhaufen leiden, die ihnen demokratisch gewählte Regierungen via Steuersenkungen aufgebürdet haben. Denn ihr Reichtum ist inzwischen ja nicht nur obszön gross, er speist auch die reissenden Spekulationsströme, mit denen die Finanzmärkte die Welt immer wieder an den Abgrund führen. Vor diesem Hintergrund ist es zu würdigen, dass wenigstens zwanzig von Millionen sagen: Bitte besteuert uns höher!

Dasselbe gilt für die Medien. Es gibt in der westlichen Welt Zigtausende von rechten und konservativen Publizistinnen und Journalisten; Aufsehen erregt hat nun aber nur eine wackere Schar von drei bis vier Kommentatoren. So fragte vor kurzem Charles Moore, ein knochenhart konservativer britischer Journalist und offizieller Biograf von Margaret Thatcher: «Hat am Ende die Linke recht?» Demokratische Politik fülle «die Taschen von Bankern, Medienbaronen und anderen Mogulen, die schon alles haben». Alle müssten härter arbeiten, damit sich «wenige bereichern» können. Moore scheint an seinem Marktglauben zu verzweifeln. Auch der überzeugte US-Republikaner David Brooks verzweifelt öffentlich an der Kompromisslosigkeit seiner Partei: Aufgeputscht von der Tea Party riskiere sie mit ihrer Politik den Bankrott des eigenen Landes.

Diese Interventionen hatten Folgen, zumindest in Deutschland. Da griff beispielsweise Frank Schirrmacher, einer der Herausgeber des konservativen Leitmediums «Frankfurter Allgemeine Zeitung», die Frage des eventuellen grossen Irrtums der Markt-radikalen auf und verband sie mit der Orientierungslosigkeit der regierenden Unionsparteien. Michael Naumann, einst Minister im Kabinett von Gerhard Schröder und heute Chefredaktor der Zeitschrift «Cicero», beruhigte daraufhin zwar Schirrmacher, indem er betonte, dass es von den Linken nur noch Erinnerungen gebe; aber dann machte das liberale Leitmedium, die Wochenzeitung «Zeit», das Thema Reichtum zur Titelgeschichte und publizierte auch noch einen Comic, garniert mit den Figuren aus der Welt von Walt Disney.

Man könnte das Geschehene persönlich interpretieren. Ein paar Reiche und ein paar konservative Publizisten sind psychisch angegriffen: Die einen haben zu viel Geld und die anderen eventuell eine falsche politische Haltung. Es war Sommerpause und – abgesehen von den Dauerthemen Finanzmarktkrise und Krieg in Libyen – so wenig los, dass sich Schirrmacher, Naumann und andere auf eine neue Mücke stürzten und massenmedial zwei Elefanten aus ihr machen konnten.

Auf hoher See

Naheliegender ist freilich eine andere Perspektive: Die Konservativen und Rechten fühlen sich noch immer stark genug und können ihre programmatischen Schwächen öffentlich thematisieren, weil sie wissen, dass die Linke nicht die Kraft hat, ihnen daraus einen politischen Strick zu drehen.

Dabei ist das Lager der Konservativen alles andere als stabil. Dass manche Schichten so reich und andere so arm sind – das trägt sich nicht mehr mit einem halbwegs humanen konservativen Weltbild. Dass so viele Menschen ständig noch reicher werden, ohne etwas zu leisten – das ruiniert einen tragenden Leitsatz der Konservativen, den von der Leistung, die sich lohnen müsse. Und dass Finanzspekulationen ständig die Arbeit der produzierenden KapitalistInnen gefährden und desavouieren, passt genauso wenig ins konservative Weltbild wie die aktuell kapitalistische Arbeitswelt, die durch Leiharbeit, Lohndumping und prekäre Le-

bensverhältnisse die heilige Institution Familie unterminiert. Mit anderen Worten: Das konservative Lager schwimmt auf hoher See, sucht nach einer geistigen Heimat – und es ist keine in Sicht.

Die Lage ist also höchst ungemütlich. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel flüchtet in eine Politik des schweigenden Pragmatismus und lässt deshalb auch ihre AnhängerInnen verstört zurück. Die Tea Party zerfleischt die Konservativen in den USA und flüchtet sich in Wahnvorstellungen. Der britische Premier David Cameron ruft in seinem Land, das die Werte schaffende Wirtschaft auf dem Altar der Finanzmärkte geopfert hat, eine Kulturrevolution aus (die Ressourcen des Staats zusammenstreichen, der kaum noch vorhandenen Zivilgesellschaft die Verantwortung übertragen) – und wundert sich auch noch, wenn solche Kopfgebirten an den ersten Jugendkrawallen auflaufen.

Schwache Linke

Und doch können die Konservativen ihre Schwächen öffentlich diskutieren. Mehr noch: Sie sind dabei, das Thema Obszönität des Reichtums zu besetzen – ein Thema mithin, das bisher den Linken vorbehalten schien. Hatten nicht sie stets vom privaten Reichtum und öffentlicher Armut gesprochen? Und nun degradieren die Reichen diesen vornehmsten Kampf der Linken auch noch mit einer feudalen Geste, mit einem Almosen – eine kulturelle Entwürdigung erster Güte.

Warum ist die Linke auf ihrem ureigensten Feld so schmächtig schwach? Und das nach dem Desaster, das die Marktradikalen angerichtet haben? Keine Partei und keine Gewerkschaft besetzt dieses Thema mit der Radikalität, die den Verhältnissen angemessen wäre. Wenn die Zustände so radikal und aggressiv sind (ungezählte Milliarden auf der einen, spärliche Almosen auf der anderen Seite), dann muss es die linke Politik auch sein – und etwa in Deutschland 500 Milliarden Euro mehr von den Reichen verlangen. Eine halbe Billion für den Abbau der Staatsschulden und für öffentliche Investitionen – und keinen Cent weniger! Das fordert aber keine politische Formation. Wenn die linke Politik nicht vorangeht, wer dann?

Woher rührt der Fatalismus, und warum bleibt die Empörung im eigenen Herzen und am Stammtisch stecken? Ein Grund dafür ist, dass es nicht das konservative Lager war, sondern immer die regierungsoffizielle Linke, die den ohnehin reichen Privatpersonen und Grosskonzernen die Steuern gesenkt hat: Bill Clinton, Tony Blair und Schröders rot-grüne Regierung.

Das Wesen der Geldwirtschaft

Die Marktradikalen haben das Terrain mit ihren Thinktanks, ihren willfähigen Journalisten und Wissenschaftlerinnen, ihren professionell organisierten politischen Kampagnen politisch und atmosphärisch vorbereitet. Aber ihr eigentlicher Triumph besteht darin, dass sie in den Linken die Dummen gefunden haben, die das alles vollstreckten. Das ist nicht einfach abgehakt, das steckt tief in den Köpfen und Knochen, das lähmt und entmutigt, weit über die Regierungszeiten der Dummen hinaus.

Ein weiterer Grund, der mutlos machen kann, liegt im Wesen der Geldwirtschaft: Wer Millionen hat, kann mit weiteren Millionen rechnen. Nur bei denen, die sich sehr blöd anstellen, vermehrt sich das Geld nicht. Da sich zum Besitz von Geld auch der Besitz von Macht und Einfluss gesellt, verteilt sich im öffentlichen Bewusstsein mit dem Geld auch die Macht neu: Die besitzlose untere Hälfte der Bevölkerung hat immer weniger zu sagen und das oberste Fünftel immer mehr. Eine Folge davon ist das Desinteresse der sozial Benachteiligten am politischen Prozess. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an diesem Wochenende stimmte nur die Hälfte der Wahlberechtigten ab.

Wer hart arbeitet, verdient wenig und muss froh sein, wenn der Lohn nicht weiter sinkt. Arbeit gilt nichts mehr. Gesellschaftlich geschätzt wird hingegen der (finanzielle) Erfolg, und zwar der, der aus Zufall, wegen einer guten Performance, wegen der Herkunft erreicht wird. Vor einigen Jahren hat die deutsche Postbank für ihren Investmentfonds den Charakter der heutigen Erfolgs- und Geldkultur auf einen Nenner gebracht: «Wer arbeitet, hat keine Zeit, Geld zu verdienen.»

Wenn sich die Linke vom Boden erheben will, dann muss sie sich mit dieser Kultur auseinandersetzen.

Die Konservativen können ihre Schwächen öffentlich diskutieren.